

Editorial: Politische Ökonomie des Internets

Das Internet hatte lange Zeit den Ruf, ein dezentraler, hierarchiefreier und demokratischer Raum zu sein. Spätestens mit den Enthüllungen durch den ehemaligen NSA-Mitarbeiter Edward Snowden wurde jedoch deutlich, dass die materielle und technologische Infrastruktur des Internets alles andere als dezentral und demokratisch ist. Es gibt nur ein paar Hundert Internet-Knotenpunkte, die die gesamten transatlantischen Datenströme abwickeln. Wer Kontrolle über die Internet-Knoten erlangt, kann auch auf den darüber abgewickelten Internet-Datenverkehr zugreifen. Da dieser Datenverkehr größtenteils unverschlüsselt abgewickelt wird, kann an diesen Knotenpunkten ein Großteil der weltweiten Daten abgehört werden. Da mit der zunehmenden Verbreitung und Bedeutung des Internets auch digitale Konzentrationsprozesse zugenommen haben, in deren Folge Telefonverbindungen und Rundfunk im Internet zusammengefasst werden (*Digital Convergence*), betrifft die Überwachung des Datenverkehrs nicht nur Internetverbindungen, sondern einen Großteil menschlicher technisch vermittelter Kommunikation. Zudem ist die Ökonomie des Internets sehr stark von Oligopolen geprägt, ein neues – und das leistungsstärkste – Transatlantikkabel werden in naher Zukunft Facebook und Microsoft realisieren. Dadurch werden zentrale Infrastrukturdienstleistungen, die ehemals von staatlichen Unternehmen

(Telcos) realisiert wurde jetzt von vollständig privaten, börsennotierten Unternehmen übernommen. Es wird zwar viel darüber geredet, wie das Internet die Arbeitswelt verändern könnte („Industrie 4.0“), aber weniger darüber, wie neue Organisationsformen (der Arbeitswelt) das Internet verändern könnten. Die politische Ökonomie des Internets ist bislang wenig untersucht, obgleich die Technologie inzwischen über 50 Jahre alt ist und seit fast 20 Jahren weltweit Bedeutung erlangt hat. Darüber hinaus ist das Internet inzwischen erstens eine wichtige Anlagesphäre von Kapital (von Google und Facebook über Technologieanbieter von Cisco bis Intel), zweitens hat es die Finanzpolitik und den Börsenhandel komplett umstrukturiert (Handelsgeschwindigkeit, automatisierter Handel) und drittens ist es nicht zuletzt ein politisch und ökonomisch umkämpftes Terrain.

Mit dem vorliegenden Schwerpunkt wollten wir all diese offenen Fragen stellen, mussten aber schon bald feststellen, dass viele Fragen offenbleiben würden. Die wissenschaftliche Diskussion zur politischen Ökonomie des Internets in den aktuellen kritischen Wissenschaften zu finden, gleicht der Suche nach einer Nadel im Heuhaufen. Über die Gründe können wir nur spekulieren: Sind die Entwicklungen zu schnelllebig? Ist Technikfeindlichkeit unter kritischen Wissenschaftlern weiter verbreitet als befürchtet? Oder befindet

sich das Thema zu sehr zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und offene Fragen werden gar nicht dem Gegenstand „Internet“ zugeschrieben?

Wir haben dennoch einen Bogen gespannt, der auch das nächste Heft vorbereitet: *Susanne Lang* rekonstruiert die Geschichte des Internet in unterschiedlichen Entwicklungsphasen, die die Inkorporation des Internets in kapitalistische Verhältnisse nachvollziehbar macht. Dabei wird deutlich, dass die Entwicklung und Ausbreitung des Internets sowohl keinesfalls abgeschlossen als auch stets umkämpft ist und sich darüber hinaus in der Breite und Tiefe nicht nur ökonomische Felder, sondern fast alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt.

Kathrin Ganz widmet sich der in den letzten 10 Jahren sehr aktiven sogenannten Netzbewegung und der ihrem Engagement für ein „freies Internet“ zugrunde liegenden theoretischen Prämissen. Dabei stellt sie heraus, dass auf der einen Seite die prägende Kraft des Kapitals unterschätzt wird, gleichzeitig aber der sensible Blick für die alternativen Produktionsweisen (Commons) für eine gemeinsame, nutzenorientierte Produktion innerhalb des Internets und darüber hinaus von enormer Bedeutung ist.

Sebastian Sevignani untersucht das begrifflich schwer abzugrenzende Phänomen Social Media nach neuen Ausbeutungsformen. Ausgehend von der Prämisse, dass NutzerInnenaktivität teilweise als produktive Arbeit zu begreifen ist und dass Unternehmen wie Facebook und Google durch ihre Vermarktungsstrategien in der Werbeindustrie diese Aktivitäten in Wert setzen, markiert Sevignani das kommunikative Handeln von NutzerInnen als ausgebeutete Arbeit.

Christian Meyer geht der Transformation der inneren Sicherheit nach, die

er im Anschluss an Michel Foucault als Dispositiv analysiert. Er geht hierbei vor allem dem prägenden Charakter der neuen Möglichkeiten der internetgestützten Überwachungstechnologie nach.

Warum in neuen Technologien entweder ein Segen oder ein Fluch gesehen wird, so *Christian Frings*, liegt in den kapitalistischen Verhältnissen selbst begründet und vor allem in der theoretischen und institutionalisierten Spaltung von Natur- und Sozialwissenschaften. Diese als fetischisierte Ausformung zu kritisieren und Moment von globalen Klassenkämpfen zu begreifen, müsste zentrale Anstrengung sein. Als Gastredakteur haben Susanne Lang und Christian Meyer am Schwerpunkt dieses Heftes mitgewirkt. Die PROKLA-Redaktion dankt ihnen ganz herzlich für ihre Ideen und ihr Engagement.

♦ ♦ ♦

Die PROKLA-Redaktion hat in der letzten Ausgabe einen umfangreichen Beitrag zum Kapitalismus im globalen Ausnahmezustand beigesteuert. Im Editorial hatten wir offen gelassen, ob „wir der selbst gesteckten Aufgabe gerecht geworden sind“ bzw. das Urteil der kritischen Leserschaft überlassen. Dass das mehr als eine gerne verwendete Floskel war, haben uns die vielen Reaktionen gezeigt. Der Text wurde verlinkt, herumgereicht, in diversen Zusammenhängen diskutiert und provozierte mitunter auch scharfe Kritik – auch aus „den eigenen“ Reihen, wie die Beiträge aus dem PROKLA-Beirat im vorliegenden Heft dokumentieren.

Martin Kronauer verwundert „die Diskrepanz zwischen großem analytischem Anspruch und dem bescheidenen Ertrag für ein Thema, das tatsächlich unter den Nägeln brennt“ und kritisiert, dass „kein einziger Satz fällt über Themen und Fragen,

die anstehen und über die gesellschaftspolitisch zu streiten lohnt, ja gestritten werden muss“. *Stephan Lessenich* kritisiert, dass der PROKLA-Beitrag die „beherrschten Klassen“ wesentlich als „abhängige Variable“ thematisiert, als „willenloser Spielball der politischen Strategieabteilungen bestimmter bürgerlicher Klassenfraktionen“. Der PROKLA-Text setze eher auf Kopfnicken und Selbstbestätigung und biete keine „analytische Perspektive“, die „nicht immer schon davon ausgeht, dass alles Schlechte ‘von oben’ kommt“. *Michael Wendt* wendet sich gegen die Konstruktion einer „internationalen herrschenden Klasse“, die über ein „umfassenderes Wissen über die Krise“ verfügt und die damit einhergehende „neue historische, neoliberale und transnationalisierte Staatsform“. Des Weiteren zeige sich die Schwäche der These eines „finanzdominierten Akkumulationsregimes“ bei Analyse der „Krise der Europäischen Union“.

Darüber hinaus bekamen wir Zuschriften, die nicht explizit den redaktionellen Text als Anlass hatten, aber als Teil der Debatte gewertet werden können. Auch diese Beiträge versammeln wir in diesem Heft. *Bernd Belina* geht auf den Aufstieg der Rechten anhand einiger Anmerkungen zu den Arbeiten von Oliver Nachtwey und Didier Eribon ein. Er argumentiert, dass diesen und dem Redaktionsartikel der PROKLA „ein systematisches Verständnis für die Geographien der Abstiegs-gesellschaft“ fehle, was für den Kampf gegen den Aufstieg der Rechten jedoch dringend notwendig sei. *Benjamin Opratko* fragt nach den Gründen des Erfolgs von AfD und vor allem der österreichischen FPÖ und greift hierfür auf die Arbeiten von Stuart Hall zurück. Seine Ausgangsthese ist, „dass der neue rechte Populismus Teilen der Bevölkerung subjektive Formen anbietet, die gegenwärtige Hegemoniekrise des neoliberalen Kapitalismus zu leben“.

Des Weiteren eröffnen wir mit dieser Ausgabe eine kleine Reihe, die sich über die kommenden Ausgaben erstrecken wird. Die Jahre 2017/2018 bringen für die Linke bedeutsame Jubiläen mit sich: 150 Jahre *Das Kapital*, dessen Autor, Karl Marx, 1818 geboren wurden, also vor bald 200 Jahren. Das Feuilleton ist bereits dabei, Marx und seine fundamentale Kritik kapitalistischer Verhältnisse unschädlich zu feiern. Die Linke wird es schwer haben, den radikalen Kern gegen seine liberalen Liebhaber lebendig zu halten. Anders verhält es sich bei der Russischen Revolution, die sich 2017 zum 100. Mal jährt. Wie auch immer die russische Revolution, ihre Ursachen und Folgen beurteilt werden – Einigkeit besteht darin, dass es sich um ein weltgeschichtlich herausragendes, epochales Ereignis handelt. Auch 100 Jahre danach und mehr als 25 Jahre nach dem Untergang der Sowjetunion und des „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa ist die Auseinandersetzung mit der russischen Revolution nicht nur in geschichtspolitischer Hinsicht wichtig. Das Thema „100 Jahre russische Revolution“ umfasst nicht nur das historische Ereignis, sondern die gesamte Geschichte des „kurzen“ 20. Jahrhunderts und das Verständnis von grundlegenden politischen Kategorien in diesem Kontext: Sozialismus, Kommunismus, Reform, Revolution, Transformation, Geschichte, Staat, Partei oder Demokratie. Es wird also auch ein Streit über politische Wirklichkeit und Zukunft. Will sich die Linke diese Themen nicht aus der Hand nehmen lassen, darf sie die Debatte über das epochale Ereignis nicht rechts liegen lassen. Mit der jetzigen Ausgabe und dem Beitrag von *Renate Hürtgen* hoffen wir einen Aufschlag für eine Debatte zu machen, die über die kommenden Ausgaben trägt und die Auseinandersetzung insgesamt bereichert.

Ingrid Artus diskutiert außerhalb des Schwerpunkts das „ungewöhnlich intensive“ Streikjahr 2015, fragt nach Ursachen und Ergebnissen und wie sich die Streiks 2016 weiter entwickelt haben. Auch dieser Beitrag kann als Teil des kleinen Schwerpunkts zur Gefahr von rechts gelesen

werden, denn die „Re-Politisierung der sozialen Frage ist eben auch offen für rassistische und patriarchal geprägte Situationsdeutungen“, die „Besitzstandswahrung und -mehrung in exklusiver Weise“ für „die drinnen“ gegen „die draußen“ fordern, so Artus.

Leider ist auch die PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft gezwungen nach sechs Jahren Preisstabilität ihre Preise um einen Euro pro Heft zu erhöhen. Daher beträgt der Preis für das Einzelheft ab 2017 15,00 €, das Abonnement kostet 42,00 € zzgl. Porto.

Der PROKLA Förderverein

Die PROKLA erscheint seit 1971 und bietet politisch engagierte sozialwissenschaftliche und ökonomische Analysen. Allein von den Verkaufserlösen kann sich die PROKLA nicht finanzieren und in die Abhängigkeit von Parteien oder großen Verlagen wollte sie sich nie begeben. Deshalb wird die PROKLA von einem Förderverein herausgegeben, der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.“, die jährlich in ihrer Vollversammlung die Redaktion der Zeitschrift wählt und die nächsten Themenschwerpunkte diskutiert.

Kritische Sozialwissenschaft kann nicht dem Markt überlassen werden. Ohne solidarische Strukturen und finanzielle Unterstützung sind Zeitschriften wie die PROKLA kaum möglich. Die regelmäßigen finanziellen Beiträge der Vereinsmitglieder ermöglichen das Erscheinen der PROKLA, sie schaffen die Voraussetzungen für Kontinuität und Planbarkeit, wie sie für die Redaktionsarbeit unabdingbar sind. Wir freuen uns über weitere Mitglieder, regelmäßige Spenden oder einmalige Zuwendungen. Weitere Informationen teilen wir gerne per E-Mail mit (redaktion@prokla.de).

Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.

IBAN: DE17 1001 0010 0538 1351 00 – BIC: PBNKDEFF

Postbank Berlin

PROKLA 187 Arbeit und Wertschöpfung im digitalen
Kapitalismus (Juni 2017)

Schlagwörter wie „Industrie 4.0“ oder „Digitalisierung“ sind derzeit in aller Munde. Doch die Verkündigung einer vierten industriellen Revolution wirkt angesichts der wirtschaftlichen Stagnation in Europa wie ein zweckoptimistisches Heilsversprechen. Der Begriff ist vielmehr ein rhetorischer Coup von Unternehmensverbänden und Bundesregierung: Der Standort Deutschland soll, so die Protagonisten, neu erfunden werden. Der aufgeladene Kunstbegriff „Industrie 4.0“ ist deshalb ungeeignet, einen realistischen Blick auf die aktuellen Veränderungen zu gewinnen. Die PROKLA 187 soll einen Beitrag zu einer kritischen Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Umstrukturierungen leisten. Der Schwerpunkt soll hierbei auf neue Organisations- und Steuerungsformen von Wertschöpfung liegen, die Ansätze für eine Transformation des Kapitalismus enthalten und nachhaltige Veränderungen in der Nutzung von Arbeitskraft mit sich bringen – und was das für gesellschaftliche und gewerkschaftliche Kämpfe bedeutet. Jenseits der technologiezentrierten Engführungen, die den Diskurs um „Industrie 4.0“ prägen, wird eine herrschaftskritische Perspektive auf die gegenwärtige Rationalisierungsdynamik entwickelt.

**DIE
SINNE
SCHÄR-
FEN!!!
JETZT
TESTEN:**

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de



analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis